

Unausgereiftes «Standort- und Raumkonzept»

Fraktion KV. Vor knapp fünf Jahren fiel der Startschuss für das Projekt «Standort- und Raumkonzept Sekundarstufe II». Ende April legte der Regierungsrat die Botschaft an den Grossen Rat «auf den Tisch». Dazwischen liegt viel Vorbereitungsarbeit in der Abteilung Berufs- und Mittelschulen. Die Rückmeldungen und Anregungen aus dem Anhörungsbericht wurden ausgewertet und sind teilweise in die Botschaft eingeflossen. Mit welchem Resultat? Die Verbesserungen zum Status Quo sind marginal oder kaum erkennbar.

Insbesondere lässt die Botschaft entscheidende Fragen unbeantwortet und wirft gar neue Fragen und Problemfelder auf. Besonders stossend ist, dass die Raumproblematik an den Kantonschulen, der eigentliche Auslöser für das Projekt Standort- und Raumkonzept, nur oberflächlich gelöst ist. Die breite Ablehnung der im Anhörungsbericht präsentierten Versionen veranlasste den Regierungsrat, in der Botschaft an den Grossen Rat eine «Light-Version» zu präsentieren, die so aussieht:

- Auf die Schliessung von Berufsfachschul-Standorten wird verzichtet. Im Sinne der regionalen Verteilung bleiben alle Standorte der Berufsfachschulen erhalten.
- Die gemischten Berufsbildungszentren (drei von vier) werden entflochten und zu reinen kaufmännischen beziehungsweise gewerblich-industriellen Berufsfachschulen.
- Die Raumsituation an den Kantonschulen wird später gelöst. Als kurzfristige Massnahme ist vorgesehen, die Informatikmittelschule (IMS) ganz nach Baden und die Wirtschaftsmittelschule (WMS) von Aarau nach Zofingen zu «verpflanzen».

Dieser Vorschlag löst zwar kurzfristig die Raumproblematik für den Aarauer Standort. Aber die Raumknappheit in Baden, wo bereits heute in Provisorien unterrichtet wird, verschärft sich weiter. Denn in Baden werden zukünftig mehr IMS-Schülerinnen und -Schüler unterrichtet.

Erhebliche Verschiebungen von Berufslernenden im KV-Bereich

Die Standorte Brugg (BWZ Brugg) und Zofingen (BZZ Zofingen) verlieren die

kaufmännischen Berufe. Wohlen (bbz freiamt) muss die gewerblich-industrielle Abteilung abgeben und soll sich auf die kaufmännische Ausbildung konzentrieren. Aus regionalpolitischen Gründen bleibt Rheinfelden als einziges gemischtes Berufsbildungszentrum bestehen. Der kritische Leser, die kritische Leserin kann nur darüber spekulieren, warum die regionalpolitischen Gründe nicht auch für den Erhalt der anderen drei Berufsbildungszentren (Brugg, Wohlen, Zofingen) Gültigkeit haben. Zudem wird der Standort Rheinfelden (BFZ Fricktal) im Bereich der kaufmännischen Ausbildung erheblich ausgebaut und gestärkt. Was dazu führt, dass in Rheinfelden ganz neu eine Berufsmaturitätsabteilung aufgebaut werden muss (so viel zur Stärkung von Kompetenzzentren). Zudem wird eine beträchtliche Anzahl KV-Berufslernender und Lehrpersonen einen verlängerten Anreiseweg in Kauf nehmen müssen. Hintergrund der Verschiebung ist die anzustrebende und umstrittene Schulgrösse von 400 Schülerinnen und Schülern, die für ein Kompetenzzentrum und eine Durchlässigkeit zwischen den KV-Profilen nötig sein soll. Von den heute sieben KV-Schulen erreichen die Mindestgrösse von 400 Berufslernenden gerade einmal zwei Schulen (Zentrum Bildung Baden und HKV Aarau). Die Mindestgrösse führt innerhalb des Kantons zu erheblichen Verschiebungen von Berufslernenden.

Es ist zu befürchten, dass eine beträchtliche Anzahl Schülerinnen und Schüler von den Zentrumsschulen (Baden, Aarau) an die peripheren Schulen verschoben wird. Gleichzeitig werden gut funktionierende Schulen geschlossen und sowohl Lehrpersonen als auch Berufslernende zwischen den Schulen hin- und hergeschoben. All die negativen Folgen, die diese Verschiebungen und Schliessungen mit sich bringen, können kaum im Interesse der Lehrbetriebe und im Sinne der Lehrstellenförderung sein.

Gewerblich-industrielle (GI) Berufsfachschulen

Unbestritten ist, dass bei den gewerblich-industriellen Berufsfachschulen eine



KV-Alltag im Zentrum Bildung Baden. Diese Schule erreicht die Mindestgrösse von 400 Berufslernenden. Foto: zVg.

«Das Ziel der ganzen Übung ‹Standort- und Raumkonzept› muss sein, die Qualität der Ausbildungen zu verbessern und mögliche Synergien zu nutzen.»

Konzentration der Berufsfelder sinnvoll ist. Aber auch hier eröffnet die Botschaft ein Problemfeld. Der Regierungsrat verzichtet bewusst auf Angaben darüber, welche Berufsfelder zukünftig an welchen gewerblich-industriellen Schulen unterrichtet werden. Zuerst soll der Grosse Rat über die vorliegende Botschaft entscheiden. Erst danach, so die Absicht der Regierung, wird mit den Berufsverbänden, den Organisationen der Arbeit (ODA) und den Berufsfachschulen zusammen eine Lösung gesucht. Die Idee einer Konsenslösung ist gut gemeint, birgt aber in der Umsetzung viele Gefahren und Probleme. Bereits kurz nach Bekanntgabe der Botschaft begann die Lobbying-Arbeit der verschiedenen Beteiligten. Es werden Absprachen vorbereitet oder sind bereits getroffen; die betroffenen Player sind bestrebt, auf verschiedenen Ebenen den persönlichen Einfluss geltend zu machen. Immer auch vor dem Hintergrund, die eigenen (Partikular-)Interessen wahrzunehmen. Was wenig überraschend ist und durchaus verständlich und legitim. Das Ziel der ganzen Übung ‹Standort- und Raumkonzept› muss sein, die Qualität der Ausbildungen zu verbessern und mögliche Synergien zu nutzen. Ob dieses Seilziehen über die zukünftigen Berufszuteilungen zu einem befriedigenden Resultat führt, scheint mir mehr als fraglich. Leider haben die Entscheidungsträger vergessen oder es verpasst, bereits während der Vorbereitungsarbeiten die Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Es macht den Anschein, als wolle man dieses Versäumnis nun nachholen.

WMS/IMS: Eine Verschiebung verringert die Raumnot

In der Botschaft wird dargelegt, warum eine Verschiebung der WMS/IMS ins Berufsschulsystem ‹nichts bringt›. Viele Argumente halten jedoch einer genaueren Betrachtung nicht stand, insbesondere was die Berechnung der Kostenfolgen betrifft.

Die Botschaft rechnet bei einer Verschiebung von WMS und IMS ins Berufsbildungssystem mit einem jährlichen Mehraufwand von gesamthaft 106 000 Franken. Was in der Berechnungsgrundlage fehlt, sind die Infrastruktureinsparungen für die geplanten Vergrößerungsbauten bei den einzelnen Kantonsschulen. Das jährliche Kosteneinsparungspotenzial einer WMS-/IMS-Verschiebung ins Berufsschulsystem würde demnach mehrere hunderttausend Franken betragen. Was letztlich ein Gewinn für den Kanton und für jede Steuerzahlerin und jeden Steuerzahler wäre.

Zudem verringert eine Verschiebung die Raumnot an den einzelnen Kantonsschul-Standorten und schafft damit für sie einen direkten Mehrwert. Auch wäre ein Entscheid WMS/IMS an die KV-Schulen ein klares Bekenntnis zum Ziel ‹Bildung von Kompetenzzentren im Bereich der kaufmännischen Berufsmaturität›.

Welche Erkenntnisse bleiben?

Bewusst und unbewusst lässt die Botschaft viele Fragen unbeantwortet. Das Problem der Raumknappheit an den Kantonsschulen bleibt ungelöst – ja, wird an einzelnen Standorten noch verschärft. Das finanzielle und pädagogische Verbesserungspotenzial wird zu wenig genutzt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass unter diesen Voraussetzungen die vorliegende Botschaft mehrheitsfähig ist und vom Grossen Rat unverändert akzeptiert wird. Jörg Pfister, Rektor Zentrum Bildung – Wirtschaftsschule KV Baden

Politspiegel

Basis- oder ‹Schnüerlischrift›?

In einer Interpellation vom 1. März wollte Marlise Spörri, SVP, unter anderem geklärt haben, für welches Schriftsystem sich der Regierungsrat entschieden hat und ob er wisse, dass viele Schulen die Basisschrift ‹schleichend› eingeführt hätten. Dieser beantwortete die Interpellation am 3. Juni: Der Entscheid zugunsten eines Schriftsystems sei noch ausstehend. Es sei jedoch vorgesehen, die Frage nach einer einheitlichen Handschrift im Sinne der Empfehlung der D-EDK im Rahmen der Einführung eines neuen Aargauer Lehrplans auf der Grundlage des Lehrplans 21 auf das Schuljahr 2020/21 zu klären. Das heisst, die Basisschrift würde dann die Schweizer Schulschrift (‹Schnüerlischrift›) ablösen. Dass bereits viele Schulen die Basisschrift unterrichten, ist dem Regierungsrat bewusst. Gemäss geltendem Lehrplan entscheiden die Schulen vor Ort, welche Schrift sie unterrichten.

Irene Schertenleib

Ferienzeit

Die verdiente Sommerpause ist da – auch für das SCHULBLATT AG/SO. Geniessen Sie die Ferien zum Auftanken, Abtauchen und Abschalten. Auch das SCHULBLATT legt eine Sommerpause ein.

Die Redaktionsbüros in Aarau und Solothurn sind vom **Montag, 4. Juli, bis Freitag, 15. Juli**, geschlossen.

Die nächste Ausgabe erscheint am 5. August.

Redaktion



Neues kennenlernen – zum Beispiel den malerischen Hafen von Heraklion auf Kreta.
Foto: Irene Schertenleib.